

Asylpolitik von rechts: praxisuntauglich und gefährlich

(Erschienen in der P.S. Zeitung am 5. Juli 2024)

Die Unmenschlichkeit in der Asylpolitik auf Bundesebene ist kaum auszuhalten. Während unter dem Taliban-Terrorregime die Situation für Frauen und Mädchen in Afghanistan immer katastrophaler wird – sie haben keinen Zugang zu Arbeit und Bildung, sie dürfen sich nicht einmal mehr ohne männliche Begleitung im öffentlichen Raum bewegen, sonst droht ihnen Verhaftung, Folter oder Steinigung – diskutierte der Nationalrat allen Ernstes darüber, ob Afghaninnen in der Schweiz Asyl bekommen sollten. Schliesslich wurde ein SVP-Vorstoss, welcher die Praxisänderung des SEM rückgängig machen wollten, wonach Frauen aus Afghanistan grundsätzlich Asyl bekommen sollten, nur mit einem Zufallsentscheid von 92:93 Stimmen abgelehnt. Der Gipfel der Unmenschlichkeit erfolgte im Ständerat während der vergangenen Sommersession: Just zu dem Zeitpunkt, als der Präsident des ukrainischen Parlaments im Bundeshaus war, stimmte die Mehrheit der Ständerät*innen einer SVP-Motion zu, welche den Schutz der ukrainischen Flüchtlinge teilweise aufheben will. Wie kann man nur die Augen davor verschliessen, dass der Krieg in der Ukraine mit voller Intensität tobt und der Kampf für die Freiheit und die Demokratie gegen Putins Krieg eben auch darin besteht, Geflüchteten Schutz zu bieten?

Es lässt sich nicht schönreden: Die Auswirkungen des Rechtsrutschs in der jetzigen Legislatur zeigen sich in der Asylpolitik mit aller Härte. Themen und Positionen, die bisher praktisch nur von der SVP aufgebracht und unterstützt wurden, sind mittlerweile mehrheitsfähig. Die FDP wird immer flüchtlingsfeindlicher, mit ihrer Asylpolitik unter dem Slogan «hart aber fair» ist sie mittlerweile praktische eine Kopie der SVP. Und auch die Mitte lässt sich vor der SVP hertreiben. Nur 6 von 15 Mitte-Ständerät*innen haben den Ukraine-Vorstoss abgelehnt. Und von der Idee, Asylverfahren ins Ausland auszulagern, sind mittlerweile offenbar alle drei Parteien begeistert. Obwohl klar ist, dass dies rechtlich höchst bedenklich und zudem völlig praxisuntauglich ist. Dass es auch noch eine humanitäre Verantwortung der Schweiz gäbe, das hören wir nur noch in Sonntagsreden. Die Zauberformel lautet «Abschreckung». Doch erstens hat die Schweiz schon eines der härtesten Asylsysteme und ist mit vergleichsweise wenig Asylgesuchen konfrontiert. Zweitens ist es zynisch anzunehmen, die Menschen würden sich damit abhalten lassen, vor Krieg und Verfolgung aus ihren Heimatländern zu flüchten. Weil sie keine andere Option sehen, nehmen sie dafür gefährlichste Fluchtrouten auf sich.

Dass FDP und Mitte asylpolitisch nun der SVP das Wort reden, ist brandgefährlich. Sie schüren damit Ressentiments gegenüber Geflüchteten. Das ist nicht mehr nur reine Symbolpolitik, sondern darunter leiden Menschen und das Recht auf Asyl wird grundsätzlich in Frage gestellt. Nicht mit uns! Wir stehen mehr denn je ein für den Kern der sozialen und humanitären Schweiz: Weltoffenheit und Menschlichkeit.